

Germany-Friedrichshafen: Engineering-design services for traffic installations

OJ S 26/2020 06/02/2020

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Landkreis Bodenseekreis

Postal address: Glärnischstr. 1-3

Town: Friedrichshafen

NUTS code: DE147 Bodenseekreis

Postal code: 88045

Country: Germany

E-mail: bodenseekreis-ortsumfahrung@menoldbezler.de**Internet address(es):**Main address: www.bodenseekreis.de**I.3. Communication**

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4YMZDE55/documents>

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4YMZDE55>

Additional information can be obtained from another address:

Official name: Menold Bezler Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer Partnerschaft mbB

Town: Stuttgart

NUTS code: DE111 Stuttgart, Stadtkreis

Postal code: 70191

Country: Germany

Contact person: Dr. Alexander Dörr

E-mail: bodenseekreis-ortsumfahrung@menoldbezler.de**Internet address(es):**Main address: www.menoldbezler.de**I.4. Type of the contracting authority**

Regional or local authority

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement**II.1.1. Title**

II.1.2. Main CPV code

71322500 Engineering-design services for traffic installations

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Gegenstand des vorliegenden Verfahrens sind Generalplanungsleistungen für die K7743 Ortsumfahrung Markdorf.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

71322300 Bridge-design services, 71300000 Engineering services

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE147 Bodenseekreis

Main site or place of performance: Markdorf

II.2.4. Description of the procurement

Gegenstand des vorliegenden Verfahrens sind Generalplanungsleistungen für die K7743 Ortsumfahrung Markdorf.

Der vorliegende Entwurf beinhaltet den Neubau einer Umgehungsstraße südlich von Markdorf zwischen der B 33 Meersburg – Markdorf und der L 207 Markdorf – Friedrichshafen. Er beinhaltet den Neubau der Umgehung Markdorf, die Verknüpfung mit dem vorhandenen qualifizierten Straßennetz und die erforderlichen Ergänzungen im vorhandenen Wirtschaftswegenetz.

Die Länge der durchgehenden Baustrecke beträgt rund 3 km, vorgesehen ist ein Regelquerschnitt mit 8,0 m befestigter Fahrbahnbreite. Die Länge des veränderten/ergänzten bzw. neu geschaffenen landwirtschaftlichen Wegenetzes beträgt rund 5,5 km. Die Anschlüsse an die B 33 und die L 207 sind derzeit höhengleich vorgesehen.

Im Bereich des Anschlusses an die L 207 kreuzt die K 7743 neu die Bahnlinie Stahringen – Friedrichshafen. Hier ist ein Überführungsbauwerk für die 1-gleisige Bahnlinie vorgesehen. Zudem ist eine Radwegunterführung unter der Bahnlinie vorgesehen. Weitere zu planende Ingenieurbauwerke sind 3 Wirtschaftswegebrücken über die K 7743 neu, sowie ein Brückenbauwerk über den Lipbach und zwei Grabendurchlässe.

Desweiteren ist die Entwässerung der überwiegend im Einschnitt liegenden Verkehrsanlage zu planen.

Vor diesem Hintergrund werden die Leistungen als Generalplanungsleistungen mit folgenden Planungsdisziplinen ausgeschrieben:

- Objektplanung von Verkehrsanlagen LPH 5-7,
- Objektplanung von Ingenieurbauwerke LPH 1-4 und 6-7,
- Tragwerksplanung LPH 1-4 und 6.

Baubeginn ist für Anfang 2022 angestrebt. Die Fertigstellung soll 2025 erfolgen.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 01/08/2020 End: 31/12/2025

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged number of candidates: 5 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

Die Bewertung der Teilnahmeanträge und somit die Auswahl der Bewerber, die zur Abgabe eines ersten Angebots aufgefordert werden, erfolgt in einem dreistufigen Verfahren.

Stufe 1:

Zunächst wird geprüft, ob die Teilnahmeanträge den formalen Anforderungen genügen.

Unvollständige Teilnahmeanträge, die trotz ggf. erfolgter Nachforderung von Unterlagen weiterhin unvollständig bleiben, können nicht berücksichtigt werden.

Stufe 2:

Anschließend wird beurteilt, ob der Bewerber nach den vorgelegten Angaben und Nachweisen grundsätzlich geeignet erscheint, die verfahrensgegenständlichen Leistungen ordnungsgemäß zu erbringen.

Stufe 3:

Schließlich wird für den Fall, dass mehr als 5 grundsätzlich geeignete Unternehmen sich beworben haben, unter den Bewerbern anhand der Referenzen gem. Ziffer III.1.3 der Bekanntmachung beurteilt, wer unter den als grundsätzlich geeignet eingestuften Bewerbern im Vergleich zu den Mitbewerbern mit Blick auf die zu erbringende Leistung besonders geeignet erscheint und daher am weiteren Verfahren beteiligt werden soll.

Für die Auswahl werden jeweils nur die als priorisiert gekennzeichnete Referenz für „Ingenieurbauwerke“ sowie die als priorisiert gekennzeichnete Referenz für „Verkehrsanlagen“ berücksichtigt. Hierzu sind die Referenzen durch den Bewerber zu priorisieren. Erfolgt, auch nach ggf. erfolgter Nachforderung, keine Priorisierung durch den Bewerber, so wird die Vergabestelle die Referenzen priorisieren und entsprechend in die Wertung einbeziehen. Die Vorlage von mehr als jeweils 3 Referenzen „Ingenieurbauwerke“ und „Verkehrsanlagen“ ist nicht erwünscht.

Dabei wird die priorisierte Referenz „Ingenieurbauwerke“ wie folgt bewertet:

Kriterium „anrechenbare Herstellkosten“

- Unter EUR 1,5 Mio.: 1 Punkt
- EUR 1,5 bis EUR 2,5 Mio. brutto: 2 Punkte
- Über EUR 2,5 Mio. brutto: 3 Punkte

Kriterium „Bauwerk (Überführung)“

- Referenzobjekt umfasst eine Überführung einer 1-gleisigen Bahntrasse: 1 Punkt,
- Referenzobjekt umfasst eine Überführung einer mindestens 2-gleisigen Bahntrasse: 2 Punkte

Dabei werden die priorisierte Referenz „Verkehrsanlagen“ wie folgt bewertet:

Kriterium „anrechenbare Herstellkosten“

- Unter 5,0 Mio. EUR brutto 1 Punkt,
- 5,0 EUR bis 8,0 Mio. EUR brutto 2 Punkte,
- Über 8,0 Mio. EUR brutto 3 Punkte.

Für den Fall, dass nach der vorstehend beschriebenen Vorgehensweise durch Punktegleichstand die vorgesehene Anzahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bieter überschritten wird, führen jüngere Referenzen (späterer Abschluss der LPH 7) zur Bevorzugung eines Bewerbers. Bei Gleichstand entscheidet ggf. das Los.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

1) Vorbemerkung

Ein Bewerber kann zum Nachweis seiner Eignung (wirtschaftliche und finanzielle sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit) die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen (Eignungsleihe). Diese Möglichkeit besteht unabhängig von der Rechtsnatur der zwischen dem Bewerber und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen. In diesem Fall ist der Vergabestelle nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorgelegt wird.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung nach Ziffer III.1.1) bis III.1.3) der europaweiten Vergabebekanntmachung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB und § 124 Abs. 1 GWB auch für diese Unternehmen vorzulegen.

2) Vorzulegende Nachweise, Erklärungen und Dokumente:

- (1) Eigenerklärung, dass die Ausschlussgründe des § 123 GWB nicht vorliegen,
- (2) Eigenerklärung über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 GWB,
- (3) Eigenerklärung gemäß § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG).

3) Vorzulegende Nachweise der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung:

Aktueller Auszug der Eintragung des Unternehmens in das Berufs- oder Handelsregister.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

- (1) Eigenerklärung über den Jahresumsatz in den vergangenen 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren einschließlich des Jahresumsatzes mit vergleichbaren Leistungen.

(2) Eigenerklärung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in Höhe von mind. 3 000 000 EUR für Personen- und Sachschäden sowie 5 000 000 EUR für Vermögensschäden bzw. Eigenerklärung, dass im Auftragsfalle eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wird.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

(1) Erklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten 3 Jahren ersichtlich sind.

(2) Nachweis von Erfahrungen bei Leistungen in Bezug auf Objektplanung von Ingenieurbauwerken nach § 43 HOAI, mind. in den Leistungsphasen 1 bis 4 und 6 bis 7 bei Brückenbauwerken der Gruppe 6 (konstruktive Ingenieurbauwerke für Verkehrs-anlagen) gemäß Anlage 12, 12.2 zu HOAI § 43 in den letzten 8 Jahren (Abschluss LPH 7 nicht vor dem 1.1.2012)

(3) Nachweis von Erfahrungen bei Leistungen in Bezug auf Objektplanung von Verkehrsanlagen nach § 47 HOAI, mind. in den Leistungsphasen 5 bis 7 bei außerörtlichen Straßen, mit mindestens einem Knotenpunkt, gemäß Anlage 13, 13.2 lit. a) zu § 47. 43 in den letzten 8 Jahren (Abschluss LPH 7 nicht vor dem 1.1.2012)

Die Erklärung über Referenzleistungen muss jeweils folgende Angaben enthalten:

- Bezeichnung des Auftrags,
- Auftraggeber (Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer),
- Zeitraum der Leistungserbringung,
- Erbrachte Leistungsphasen nach HOAI,
- Anrechenbare Herstellkosten in EUR brutto,
- Kurze Projektbeschreibung in Wort und Bild (je Projekt max. 2 DIN A4 Seiten in Form von Text, Fotos oder Skizzen).

Die Vorlage von mehr als 3 Referenzen je Mindestreferenz ist nicht erwünscht.

Minimum level(s) of standards possibly required:

(1) Nachweis mindestens einer Referenz über vorstehend beschriebene Planungsleistungen. Das Brückenbauwerk muss dabei eine Bahntrasse überführen. Die anrechenbaren Herstellkosten betragen mindestens 1 000 000 EUR brutto.

(2) Nachweis mindestens einer Referenz über vorstehend beschriebene Planungsleistungen. Die anrechenbaren Herstellkosten betragen mindestens 3 000 000 EUR brutto.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.2. Contract performance conditions

Für Bewerbergemeinschaften gilt:

Es gibt keine Vorgabe hinsichtlich der Rechtsform. Erforderlich ist die Einreichung einer von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft unterzeichneten Erklärung folgenden Inhalts:

- (1) plausible Darstellung der Aufgabenteilung innerhalb der Bewerbergemeinschaft;
- (2) Benennung des bevollmächtigten Vertreters der Bewerbergemeinschaft;
- (3) Erklärung, dass dieser Vertreter die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft während des gesamten Verfahrens rechtsverbindlich vertritt;
- (4) Erklärung, dass der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen;
- (5) Erklärung, dass alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft im Vergabeverfahren sowie im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften.

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.4. Information about reduction of the number of solutions or tenders during negotiation or dialogue

Recourse to staged procedure to gradually reduce the number of solutions to be discussed or tenders to be negotiated

IV.1.5. Information about negotiation

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: no

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 04/03/2020 Local time: 12:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

Es wird darauf hingewiesen, dass das am 1.7.2013 in Kraft getretene Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (LTMG) sowie das Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz) Anwendung finden. Die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen, insbesondere auch bei dem Einsatz von Nach- und Verleihunternehmen, sind daher zu beachten.

Die Teilnahmeformulare sind unter der in Ziffer I.3) angegebenen Internetadresse abrufbar. Ebenfalls dort abrufbar ist ein Bewerbermemorandum. In diesen Teilnahmeunterlagen sind wesentliche Teile der ausgeschriebenen Leistung sowie der Verfahrensvorgaben bereits dargestellt. Unter der in Ziffer I.3) angegebenen Internetadresse werden auch Antworten auf Bewerberfragen sowie aktualisierte oder weitere Informationen und Unterlagen zu dem Verfahren zur Verfügung gestellt. Interessenten an dem Verfahren müssen sicherstellen, dass sie regelmäßig und insbesondere unmittelbar vor Abgabe ihres Teilnahmeantrags sowie vor Ablauf der Teilnahmefrist prüfen, ob seitens der Vergabestelle zusätzliche Informationen oder Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, welche für die Abgabe des Teilnahmeantrags zu beachten sind.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YMZDE55

VI.4. Procedures for review

VI.4.1.

Review body

Official name: Vergabekammer Baden-Württemberg

Postal address: Durlacher Allee 100

Town: Karlsruhe

Postal code: 76137

Country: Germany

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB).

Hinsichtlich der Einleitung von Nachprüfungsverfahren wird auf § 160 GWB verwiesen. Dieser lautet:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1) Der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat;

2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Hinsichtlich der Information nicht berücksichtigter Bieter und Bewerber gelten die §§ 134, 135 GWB. Insbesondere gilt: Bieter deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Das gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden; bei Übermittlung per Telefax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist 10 Kalendertage.

VI.5. Date of dispatch of this notice

03/02/2020